

Kasten 1

Annahmen bezüglich der Rahmenbedingungen

Der vorliegenden Prognose liegen folgende Annahmen zugrunde: Der Preis für Öl der Sorte Brent liegt im Durchschnitt des zweiten Halbjahres 2020 bei 44, im Jahr 2021 bei 46 und im Jahr 2022 bei 47 US-Dollar pro Barrel. Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar liegt bis Ende des Jahres 2022 bei 1,16 Dollar pro Euro. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist im Prognosezeitraum nur wenig geringer als im Schnitt des Jahres 2019. Der Welthandel mit Waren (CPB) schrumpft im Jahr 2020 um 8,7%; im Jahr 2021 steigt er um 5,9% und im Jahr 2022 um 3,3%. Die EZB lässt ihren Einlagezinssatz im Prognosezeitraum bei -0,5% und sorgt darüber hinaus weiterhin mittels längerfristiger Refinanzierungsgeschäfte und Anleihekäufe, dass die monetären Rahmenbedingungen im Euroraum günstig bleiben.

Es wird unterstellt, dass die Übergangsphase für den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union Ende 2020 ausläuft, ohne dass eine vertragliche Anschlussregelung gefunden wird, dass aber pragmatische Regelungen eine Fortsetzung der dringlichsten wirtschaftlichen Transaktionen zwischen den beiden Wirtschaftsräumen ermöglichen und auch der europäische Finanzsektor stabil bleibt.

Über den Fortgang der Pandemie wird unterstellt, dass die Zahlen der Infektionen und der schweren Krankheitsverläufe in Herbst und Winter nicht stark steigt und auf einen erneuten flächendeckenden Lockdown deshalb verzichtet werden kann. Darüber hinaus wird unterstellt, dass die Pandemie im Verlauf des Jahres 2021 auch weltweit unter Kontrolle gebracht werden kann und im Jahr 2022 die Weltkonjunktur nicht mehr belastet.

Was die deutsche Finanzpolitik betrifft, beläuft sich der Impuls aus diskretionären Maßnahmen im Jahr 2020 auf 5,5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Über die Hälfte des finanzpolitischen Impulses geht auf die Hilfsmaßnahmen zur Bewältigung der Corona-Pandemie zurück, etwa die Zuschüsse von Bund und Ländern an die Unternehmen, die Ausweitung des Kurzarbeitergeldes und weiterer monetärer Sozialleistungen oder die steuerlichen Maßnahmen zur Liquiditätssicherung. Darüber hinaus liefert das Corona-Konjunkturpaket im laufenden Jahr einen Nachfrageimpuls von ungefähr 2% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Belastend auf den Haushalt wirken vor allem die temporäre Absenkung der Umsatzsteuersätze sowie die Überbrückungshilfen für kleine und mittelständische Unternehmen. Schließlich führen die nicht-Corona-bedingten diskretionären finanzpolitischen Maßnahmen zu staatlichen Mehrausgaben bzw. Mindereinnahmen im Umfang von 0,6% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Im Jahr 2021 wirkt die Finanzpolitik insgesamt restriktiv, weil – nach derzeitigem Stand – zahlreiche Maßnahmen zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie und des Konjunkturpakets auf das Jahr 2020 beschränkt sind. Die sonstigen diskretionären Maßnahmen liefern dagegen im Jahr 2021 erneut einen expansiven Impuls, vor allem der Abbau des Solidaritätszuschlags, die deutliche Erhöhung des Kindergeldes sowie Änderungen beim Einkommensteuertarif. Im Jahr 2022 wirken die diskretionären finanzpolitischen Maßnahmen, die nicht im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie stehen, erneut leicht expansiv. Da diese Prognose unterstellt, dass weitere Corona-bedingte finanzpolitische Maßnahmen im Jahr 2022 auslaufen, wirkt die Finanzpolitik insgesamt leicht restriktiv.